



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 03.12.2013
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Günter Bargfrede	Vertretung für Abg. Erich Gajdzik
Abg. Willi Bargfrede	
Abg. Heinz-Friedrich Carstens	Vertretung für Abg. Dirk Detjen
Abg.e Angelika Dorsch	
Abg. Heinz-Dieter Gebers	
Abg. Wolfgang Harling	
Abg. Gerhard Holsten	
Abg. Dr. Heinz-Hermann Holsten	Vertretung für Abg. Kurt Buck
Abg.e Marianne Knabbe	
Abg. Thomas Lauber	Vertretung für Abg.e Elke Twesten
Abg. Klaus Mangels	
Abg. Gerhard Oetjen	
Abg. Bernd Sievert	

Verwaltung

Landrat Hermann Luttmann
KR Sven Höhl
Dipl. Kfm. Axel Bolz
VA Rainer Bruns
Frau Annette Panzer

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Kurt Buck
Abg. Dirk Detjen
Abg. Erich Gajdzik
Abg.e Elke Twesten

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung am 05.11.2013
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014 und Stellenplan 2014
Vorlage: 2011-16/0662
- 6 Jahresabschluss 2012
 - a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2012 des Landkreises und der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst
 - b) Entlastung des Landrates 2012
 - c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2012Vorlage: 2011-16/0665
- 7 Vorstellung des Gesamtabschlusses 2012 des Landkreises Rotenburg (W.)
Vorlage: 2011-16/0663
- 8 Haushaltsüberschreitung
hier: Teillhaushalt 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft) - Produkt 41.1.01 (Krankenhäuser und KHG-Umlage), Position 28 (Erwerb von Finanzvermögensanlagen) in Höhe von 2.700.000 Euro
Vorlage: 2011-16/0664
- 9 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Holsten eröffnet die 6. Sitzung des Finanzausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt Landrat Luttmann und die Vertreter der Verwaltung und der Presse.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung am 05.11.2013**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Finanzausschusses am
05.11.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen:
Enthaltung: 1

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Landrat Luttmann erklärt, er habe lediglich einen Bericht für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

**Punkt 5 der Tagesordnung: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014 und Stellenplan 2014
Vorlage: 2011-16/0662**

Kreisrat Höhl erläutert die Auswirkungen der von den Fachausschüssen empfohlenen Änderungen der Haushaltsansätze für den Ergebnis- sowie Finanzhaushalt. Der vom Land Niedersachsen vorgelegte Entwurf zur Änderung des Nds. Finanzausgleichsgesetzes sei nochmals, wie auch vom Landkreis erwartet, geändert worden; dieser Kompromissvorschlag führe am Beispiel des Jahres 2013 zu Mehreinnahmen von 218.000 €. Aufgrund der notwendigen Unterstützungen für die Krankenhäuser in Zeven und Bremervörde sei der Abbau der Verschuldung nicht mehr wie geplant umzusetzen.

Kreisrat Höhl gibt einen kurzen Überblick über die mittelfristige Investitions- und Finanzplanung des Landkreises und ihre Grundlagen. Auch hier wird deutlich, dass das Ziel, Ende 2014 den Stand der Verschuldung unter 50 Mio. € zu bringen, voraussichtlich nicht mehr erreicht werden kann.

(Die Graphiken zum Vortrag von Kreisrat Höhl sind im Sitzungsdienstprogramm abrufbar.)

Kreisrat Höhl geht auf die nach dem NFAG durchzuführende Anhörung der kreisangehörigen Gemeinden zur Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes ein. Die Kernforderungen der Gemeinden seien gewesen: a) Senkung der Kreisumlage auf 65 Mio. €, was derzeit einer Senkung um 2 % entsprechen würde und b) Beteiligung an der Entlastung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Er verdeutlicht, dass die durch höhere Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen verursachte Mehrbelastung der Gemeinden bei der Kreisumlage durch eine Entlastung bei den Zuweisungen für Kindertagesstätten, Kinderkrippen, Breitbandausbau und Kreisschulbaukasse kompensiert werde.

Abg. Harling bescheinigt der Verwaltung ein hohes Maß an Transparenz. Für die Politiker verbleibe nur noch die Bearbeitung kleinerer Probleme. Die strukturelle Ergebnisverbesserung um 1,7 Mio. € sei erfreulich. Da er auch Bürgermeister einer Gemeinde und Ratsherr in einer Samtgemeinde sei, könne er durchaus nachvollziehen, dass die Gemeinden an der Einnahmeverbesserung teilhaben möchten. Fast alle Gemeinden hätten hohe Aufwendungen für Kindertagesstätten und Schulen; Qualität koste Geld. Gegen eine Kreisumlagesenkung spreche auch die vor einem Jahr noch nicht bekannten aber notwendigen Zahlungen zum Erhalt der Krankenhäuser in Zeven und Bremervörde von etwa 8,2 Mio. € sowie die hohen Anmeldungen für die Kreisschulbaukasse. Auch bei den eigenen Gebäuden habe sich ein Investitionsbedarf angesammelt, der zurückgestellt worden sei. Im Falle einer möglichen Reaktivierung einer stillgelegten Bahnstrecke im Landkreis seien finanzielle Mittel nötig. Es sei unerfreulich, dass bis zum Jahr 2017 der Schuldenabbau ins Stocken gerate. Aber eine Kreisumlagesenkung um den Preis höherer Schulden könne niemand wollen. Im Augenblick sei das oberste Ziel, die Krankenhäuser zu restrukturieren.

Die Politik dürfe alle genannten Punkte nicht aus den Augen verlieren. Es gelte, die jetzigen Aufgaben zu bewältigen und daher beantrage er, dem Haushalt 2014 die Zustimmung zu erteilen.

Abg. H.-G. Bargfrede schließt sich den Ausführungen des Abg. Harling an und dankt der Verwaltung für die Ausführungen. Die Restrukturierung der Krankenhäuser Zeven und Bremervörde sowie der Alteneinrichtungen sei die größte Aufgabe der nächsten Jahre. Die neue Vereinbarung über die Zahlung der Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten sei erarbeitet und nur noch zu beschließen. Eine weitere Entlastung der Gemeinden durch eine Absenkung des Kreisumlagebesatzes sei nicht angemessen. Der Abgeordnete begrüßt, dass die Mittel für den Ankauf eines Grundstückes durch die Stiftung Lager Sandbostel bereits in den Plan eingearbeitet seien. Hierzu ergänzt der Landrat, dass dies ein fairer Preis sei und im übrigen keine Eile geboten sei, da das Land für das von der Stiftung geplante Projekt bis zum Jahre 2018 keine Mittel bereitstellen würde.

Abg. H.-G. Bargfrede bittet die Verwaltung zu prüfen, ob inzwischen ein Antrag von der Handwerkerschaft eingegangen sei. (*Anmerkung: Es liegt kein Antrag vor.*)

Abg. Lauber berichtet von einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Umweltausschusses, wonach es Befürchtungen gäbe, dass aufgrund der geplanten Bestellung ehrenamtlicher Umweltbeauftragter die veranschlagten Mittel für die Naturschutzverbände nicht reichen würden. Hierzu erklärt der **Landrat**, das Problem sei nicht das Geld sondern die Aktion an sich. Diese Ansicht teilt auch der **Abg. Dr. H.-H. Holsten**, wonach in einem Gespräch mit dem Abg. Kullik (Vors. d. Umweltausschusses) zum Ausdruck gekommen sei, dass die Bedenken nicht finanzieller Art seien. Kreisrat Höhl deutet an, dass evtl. eine Überbrückung durch angesammelte Ersatzzelder erfolgen könne. Der **Abg. Carstens** erklärt, dass die Angelegenheit im Umweltausschuss besprochen worden sei und seiner Ansicht nach so bleiben solle. Der **Abg. G. Oetjen** befürchtet, die Bestellung von Umweltbeauftragten solle von den Landvolkverbänden mit Hilfe der Jägerschaften verhindert werden. Der **Landrat** erklärt abschließend, wenn zusätzliche Maßnahmen beschlossen werden, so würden auch die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Die **Abg.e Dorsch** resümiert, die Positionen seien geklärt und Lösungsvorschläge aufgezeigt. Falls noch Änderungen gewünscht werden würden, könne dafür die Kreisausschusssitzung genutzt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt **Vorsitzender Holsten** die Aussprache.

Beschluss:

Der Erlass der Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan 2014 und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm um den Stellenplan 2014 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Punkt 6 der Tagesordnung: **Jahresabschluss 2012**
a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2012 des Landkreises und der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst
b) Entlastung des Landrates 2012
c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2012
Vorlage: 2011-16/0665

Kämmerer Dipl.-Kfm. Bolz stellt die Eckdaten des Jahresabschlusses 2012 vor und zeigt auf, wie das verbesserte Jahresergebnis zustande gekommen ist. Dem hohen Stand an liquiden Mitteln würden Haushaltsreste und Rückstellungen in ähnlicher Höhe gegenüberstehen. Er erläutert kurz die wichtigsten Positionen der Schlussbilanz zum 31.12.2012.

(Die Graphiken zum Vortrag von Dipl.-Kfm. Bolz sind im Sitzungsdienstprogramm abrufbar.)

Der Abg. Sievert berichtet von der am Morgen stattgefundenen Sitzung des Prüfungsausschusses. Es seien keine größeren Diskrepanzen gefunden worden und dank der Verwaltung alle offenen Fragen geklärt. Er beantrage daher, der Sitzungsvorlage zuzustimmen.

Beschluss:

a) **Beschluss über den Jahresabschluss:** Die Jahresabschlüsse des Landkreises Rotenburg (Wümme), der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst werden in der vorgelegten Form festgestellt und beschlossen.

b) **Entlastung des Landrates:** Der Kreistag beschließt gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung 2012 die Entlastung zu erteilen.

c) **Beschluss über die Ergebnisverwendung:**

Das ordentliche Ergebnis des Landkreises in Höhe von 13.150.462,46 € wird mit einem Betrag von 325.707,46 € zur Deckung des Fehlbetrages im außerordentlichen Haushalt verwandt und mit einem Betrag von 12.824.755,00 € der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Der Fehlbetrag im außerordentlichen Ergebnis des Landkreises in Höhe von 3.122.500,83 € wird mit einem Betrag von 325.707,46 € aus dem Ergebnis im ordentlichen Haushalt ausgeglichen und mit einem Betrag von 2.796.793,37 € mit der außerordentlichen Überschussrücklage verrechnet.

Das ordentliche Ergebnis des Nettoregiebetrieb Rettungsdienst in Höhe von 216.773,35 € wird der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Der Fehlbetrag im außerordentlichen Ergebnis des Nettoregiebetrieb Rettungsdienst in Höhe von 3.508,44 € wird mit der außerordentlichen Überschussrücklage verrechnet.

Der Jahresabschluss des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft schließt ausgeglichen ab. Hier beginnen

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Punkt 7 der Tagesordnung: **Vorstellung des Gesamtabschlusses 2012 des Landkreises Rotenburg (W.)**
Vorlage: 2011-16/0663

Kämmerer Dipl.-Kfm. Bolz erläutert die rechtlichen Grundlagen sowie Ziel und Zweck des Gesamtabschlusses. Des Weiteren geht er auf die Konsolidierungsmethoden ein und stellt die erste Gesamtergebnisrechnung 2012 sowie die erste Gesamtbilanz zum 31.12.2012 und die dazu gehörige Kapitalflussrechnung vor. Der Gesamtabschluss werde zurzeit vom Rechnungsprüfungsamt geprüft.

(Die Graphiken zum Vortrag von Dipl.-Kfm. Bolz sind im Sitzungsdienstprogramm abrufbar.)

Punkt 8 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitung**
hier: Teillhaushalt 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft) - Pro-
dukt 41.1.01 (Krankenhäuser und KHG-Umlage), Position
28 (Erwerb von Finanzvermögensanlagen) in Höhe von
2.700.000 Euro
Vorlage: 2011-16/0664

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 2.700.000 € im Teilhaus-
halts 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft) beim Produkt 41.1.01 (Krankenhäu-
ser und KHG-Umlage) wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus liquiden
Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

Da keine Anfragen vorliegen, schließt Vorsitzender Holsten den öffentlichen Teil der Sitzung um
15.50 Uhr.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer